

Entwicklungsprobleme an der deutschen Ostgrenze am Beispiel der deutsch-polnisch-tschechischen Grenzregion

Im äußersten Osten Sachsens wie auch Deutschlands und in den angrenzenden Regionen des polnischen Niederschlesien und des tschechischen Nordböhmen hat man nach westdeutschem und westeuropäischem Vorbild mit der Schaffung einer Euroregion begonnen und dieses Vorhaben mit hohen Erwartungen begleitet. Dabei wurde zunächst wenig bedacht, welche der im Westen bewährten Erfahrungen auf die deutsche Ostgrenze übertragbar und welche Spezifika zu berücksichtigen sind. Es bleibt zu überdenken, worin sich die ostdeutsche von der westdeutschen Grenzproblematik unterscheidet, welche Elemente des Euroregionskonzepts übernehmbar sind, welche Modifikationen nötig werden und schließlich welche ergänzenden Maßnahmen zu empfehlen wären.

Zielsetzung Euroregion

Das Gebiet der Euroregion Neiße reicht vom Landkreis Kamenz, wenige Kilometer östlich von Dresden, nach Osten bis ins schlesische Jelenia Gora (Hirschberg) und zur Schneekoppe im Riesengebirge. Im Süden, in Nordböhmen, entspricht die Grenze der Euroregion Neiße etwa der Wasserscheide zwischen der Oder (Neiße, Bobr/Bober) und der oberen Elbe. Das Gebiet der Euroregion Neiße umfaßt 11 494 km² mit 1,45 Mio. Einwohnern und hat eine Bevölkerungsdichte von 126 Ew./km². Die größten Städte sind in Polen Jelenia Gora (Hirschberg) mit 77 000 Ew., Boleslawiec (Bunzlau) mit 50 000 Ew. und Zgorzelec (Ost-Görlitz) mit 35 000 Ew., in Böhmen Liberec (Reichenberg) mit 102 000 Ew. und Jablonec (Gablonz) mit 47 000 Ew. und in Deutschland Görlitz (77 000 Ew.), Bautzen (52 000 Ew.) und Zittau (37 000 Ew.). Der deutsche Anteil setzt sich aus den niederschlesischen und Oberlausitzer Kreisen des Freistaates Sachsen zusammen und nimmt 45,6 % der Fläche und 42 % der Bevölkerung der Euroregion Neiße ein.

Die Neißegrenze zu Polen und die Grenze im Lausitzer Gebirge sind nach der Wiedervereinigung zur Staatsgrenze Deutschlands und zur Außengrenze der Europäischen Gemeinschaft geworden. Der daran anschließende Grenzvertrag zwischen Deutschland und Polen und die Assoziierungsverträge Polens und der CSFR (ab 1993: CR und SR) mit der EG bilden nunmehr den rechtlichen Rahmen für die Zusammenarbeit im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum. Davon ausgehend hat sich am 21.12.1991 die EUROREGION Neiße konstituiert. Nationale Träger sind der Regionalkongreß der Republik Polen, der Regionalkongreß der Tschechischen Republik und die Kommunalgemeinschaft EUROREGION Neiße, Sektion Deutschland e.V. Die Euroregion Neiße hat ein gemeinsames Büro in Zittau, das sich aus den Sekretariaten der drei regionalen Teilgruppierungen zusammensetzt. Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) trat als Förderer und Berater des Euroregionsvorhabens auf, besonders durch

das Engagement von Herrn Dr. v. Malchus. Die sächsische Staatsregierung unterstützt das Anliegen und fördert insbesondere das Zittauer Büro. In letzter Zeit verstärkten sich Tendenzen, die Euroregion nicht als ein einheitliches Ganzes, sondern als den Verbund dreier eigenständiger Partner zu gestalten.

Die deutschen, polnischen und tschechischen Initiatoren der Euroregion Neiße in Zittau, Jelenia Gora (Hirschberg) und Liberec (Reichenberg) haben in den beiden Jahren seit der Gründung beachtlich viele Initiativen in die Wege geleitet und die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Probleme des Dreiländerecks gelenkt. Sie kommen zu regelmäßigen Arbeitstreffen zusammen und haben einen Katalog der dringlichsten Aufgaben geschaffen. Darüber hinaus wurden von verschiedenster Seite Untersuchungen zur Problematik des ostsächsischen und des angrenzenden polnischen und tschechischen Raumes veranlaßt, begleitet von einer Folge von Tagungen und Symposien. Sie zeigen das bestehende Interesse am Schicksal der problemträchtigen Region. Wünschenswert wäre allerdings eine bessere Koordinierung der Aktivitäten, teils auch eine genauere Prüfung der Seriosität der Akteure. Gemessen an dem hohen Aufwand nimmt sich das bisher erzielte Ergebnis eher bescheiden aus. Beispielsweise ist es noch immer nicht möglich, auf direkter Straße von Zittau zu dem kaum mehr als 20 km entfernten Zentrum der tschechischen Teilregion, nach Liberec (Reichenberg) zu gelangen. Nach wie vor muß man den aufwendigen 80 km langen Umweg über den Grenzübergang Seifhennersdorf in Kauf nehmen.

Die deutschen, polnischen und tschechischen Initiatoren der Euroregion Neiße haben die dringlichsten Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufgelistet:

- Schaffung neuer Grenzübergänge,
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur,
- Bewältigung der Umweltsituation,
- Kooperation im Hochschul- und Wissenschaftsbereich,
- Verbesserung des Tourismusangebots,
- Abbau von Sprachbarrieren.

Die dabei genannten einzelnen Positionen und ihre Realisierungschancen sollen an dieser Stelle nicht kommentiert werden.

Die Aufzählung vermittelt zunächst den Eindruck, daß es um Probleme geht, die aus den westeuropäischen Grenzregionen wohlbekannt sind und deren Lösung dort erfolgreich praktiziert worden ist. Doch der Schein trügt: Die Unterschiede, Notwendigkeiten und Zwänge sind im Osten viel elementarer und schroffer, als sie je an den deutschen Westgrenzen gewesen sind. Die Andersartigkeit der Situation an der Ostgrenze im Vergleich zur Westgrenze wurde bei den bisherigen Euroregionsbemühungen im Osten noch kaum beachtet und trat gegenüber den aktuellen Aktivitäten der vielen Besprechungen, Analysen und Tagungen zurück. Grundsätzlichere Erwägungen zur Andersartigkeit unserer Ost- im Vergleich zur Westgrenze kamen bisher kaum zum Tragen. Es ist an der Zeit, sich dieser Verschiedenheit bewußt zu werden, da eine weitere Vernachlässigung den Erfolg des gesamten Anliegens in Frage stellen könnte:

- zum historischen Werdegang der Regionen im Umkreis der Neiße sowie an unserer Ostgrenze insgesamt,
- zu den aktuellen und absehbaren politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa,
- zur Spezifik des deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländerecks im nationalen und internationalen Rahmen.

Historischer Hintergrund

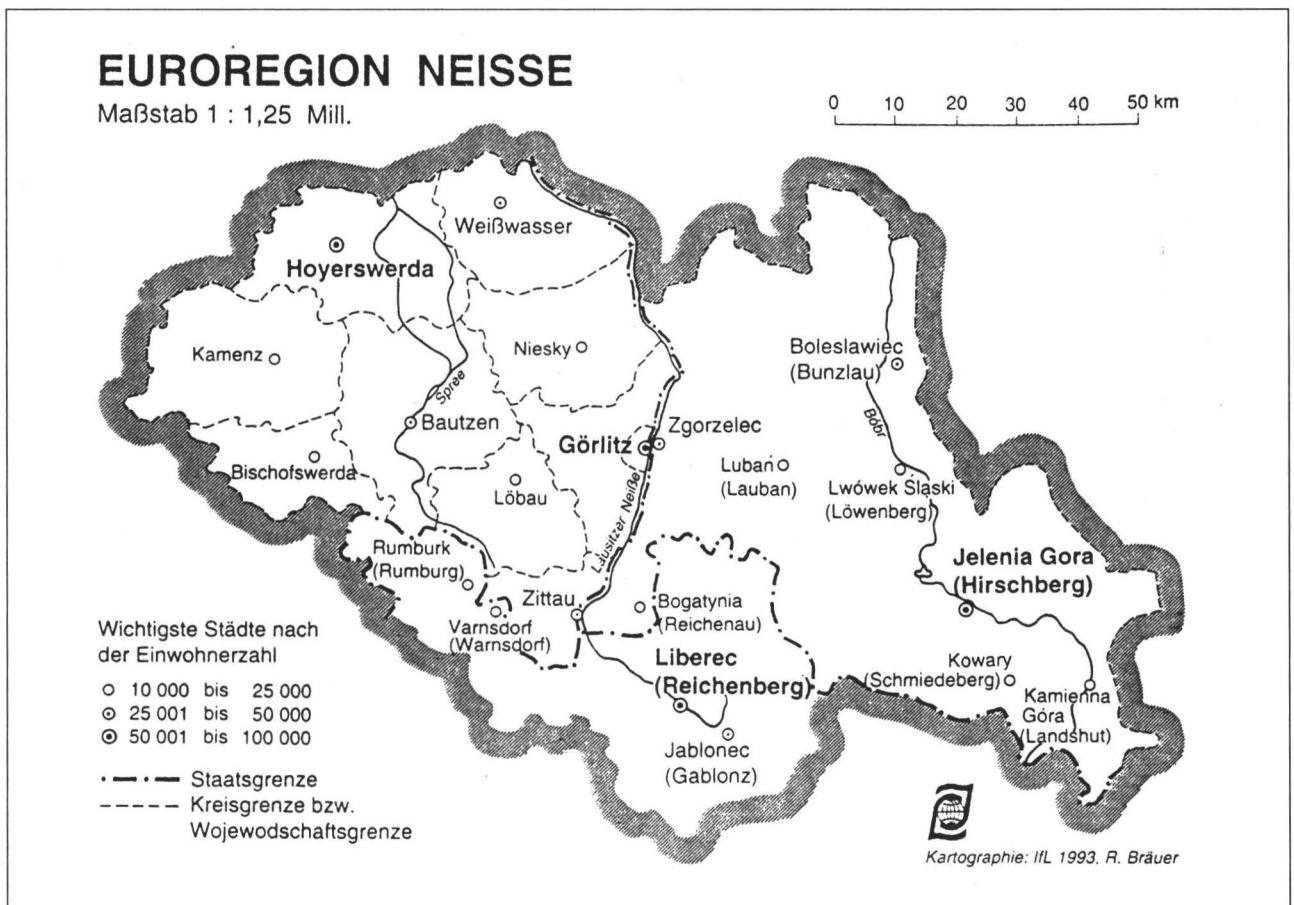
Zum *historischen Hintergrund*, der ja, wie wir zur Zeit in vielen Teilen Europas erleben können, stets latent vorhanden ist und sehr wohl zur raumgestaltenden Kraft werden kann:

Die Gebirge zwischen der Oberlausitz und dem Riesengebirge und ihre nördlichen und südlichen Vorländer können seit dem frühen Mittelalter auf einen gleichartigen und oft auch gemeinsamen Werdegang zurückblicken. Nach der Völkerwanderung hatten sich in den begünstigten niederen Lagen slawische Siedler niedergelassen, die später in die deutsche Ostsiedlung einbezogen und weitgehend assimiliert worden sind. Die durch deutsche Zuwanderer initiierte bäuerliche Landnahme der Gebirge setzte im 12. Jahrhundert ein. Im Bergland wurde Zittau gegründet, und es entstanden die zahlreichen charakteristischen Waldhufendörfer, deren Anlage das Schema der Landzuweisung

zugrunde lag. Die Oberlausitz gehörte in dieser Zeit vollständig zu Böhmen, doch bereits im 13. Jahrhundert wurden Görlitz und Bauten an Brandenburg abgetreten, im Jahre 1419 folgte die Loslösung Zittaus von Böhmen. Im 14. und 15. Jahrhundert bildeten Görlitz, Bautzen, Kamenz, Zittau, Löbau und Lauban (seit 1945 poln. Luban) den Lausitzer Sechsstädtebund, der in seiner Stellung der Hanse vergleichbar war und gleichsam als kollektiver Landesherr für zwei Jahrhunderte die dominierende Rolle für die Nordhälfte der heutigen Euroregion Neiße innehatte. Der Südtail wurde vom böhmischen Herzogtum Friedland eingenommen, dessen Bestand sogar in der klassischen deutschen Dichtung von *Friedrich Schiller* beschrieben wird (Wallenstein-Trilogie).

Nach dem Dreißigjährigen Krieg, in dessen Folge Böhmen katholisch blieb und Sachsen protestantisch wurde, erlebte das Zittauer Land einen starken Bevölkerungszuwachs durch den Zuzug protestantischer Exulanten aus Böhmen und Mähren. Schlesien blieb ebenso wie Böhmen mit dem kaiserlichen Österreich verbunden, im 18. Jahrhundert wurde es im Ergebnis des Siebenjährigen Krieges eine Provinz der aufstrebenden Territorialmacht Preußen. Die fast ausschließliche Besiedlung des gesamten Raumes der heutigen Euroregion Neiße mit deutschsprachiger Bevölkerung wurde bis zur Mitte unseres Jahrhunderts durch die sich ändernden territorialen Zuordnungen nicht berührt.

Karte 1:



Die nahezu totale *Vertreibung der deutschen Bewohner* nach dem Zweiten Weltkrieg aus Böhmen und Schlesien und die *Neubesiedlung* mit polnischen und tschechoslowakischen Zuwanderern bedeutete somit einen radikalen Einschnitt für das Gebiet der heutigen Euroregion Neiße, der, wie die gesamte Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Mitteleuropa nach 1945, in der europäischen Geschichte ohne Beispiel ist. In den nachfolgenden Jahrzehnten erfolgte trotz offizieller Völkerfreundschaftsparolen zunächst eine hermetische Abriegelung, die erst in den 70er und 80er Jahren allmählich gelockert wurde. Deutsche, Polen und Tschechen lebten nebeneinander her, ohne allzuviel Kenntnis voneinander zu nehmen. Die deutsche Bevölkerung wurde veranlaßt, für die Städte und Dörfer jenseits der neuen Volksgrenze die polnischen und tschechischen Bezeichnungen zu verwenden, Verstöße gegen diese Regelung wurden als Anzeichen von "Revanchismus" verfolgt. Konflikte und Spannungen, die bei einem derart drastischen Einschnitt wie der Vertreibung für die Lebenssphäre der Menschen unausweichlich sind, wurden gewalt-sam unterdrückt, nicht aber wirklich gelöst. Wir stehen heute vor einem *Neuanfang*, bei dem es gilt, bei offenen, beiderseits staatsrechtlich anerkannten Grenzen eine Partnerschaft der nunmehr an der Neiße benachbarten Völker zu erreichen, zu der sowohl das gegenseitige Kennenlernen von Sprache und Kultur als auch eine seriöse gemeinsame Aufarbeitung sowohl der Geschichte der Vertreibung der Deutschen aus dem angrenzenden Nordböhmen und Niederschlesien als auch deutscher Kriegsschuld gehören. Weniger als an jeder anderen Grenze Deutschlands kann man sich an Oder und Neiße auf die der Raumordnung unmittelbar zustehenden Fragen der Infrastruktur, der Kommunalorganisation und der Wirtschaftsförderung beschränken. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß auch das unmittelbare Nebeneinander von Tschechen und Polen im Riesengebirge und im Isergebirge eine historisch völlig neuartige Situation darstellt und eigene spezifische Probleme aufwirft.

So sind wegen der Veränderungen in den letzten Jahrzehnten die Voraussetzungen zur Schaffung einer grenzübergreifenden Euroregion Neiße weit schwieriger als irgendwo an der deutschen Westgrenze und bedürfen einer besonders sensiblen Behandlung. Die neue Lage im zusammenstrebenden Europa bietet aber erstmals seit Kriegsende die Chance, zwischen souveränen Partnerstaaten bei offenen Grenzen gute nachbarschaftliche Beziehungen herzustellen. Und es gibt keine Alternative! Einen ersten Schritt könnte das gegenseitige Erlernen der Sprache des Nachbarvolkes bedeuten.

Insgesamt sollte man sich auf einen langwierigen Prozeß der Annäherung einrichten, sich von gelegentlichen Rückschlägen nicht verunsichern lassen und die raumordnerischen Bemühungen auf einen langfristigen Annäherungsprozeß ausrichten.

Wohlstandskontraste an der Grenze

Die aktuellen *politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen* in Europa werden durch die zunehmende Integration

der Europäischen Gemeinschaft einerseits und den Zerfall des sozialistischen Systems und die politische und wirtschaftliche Neuorientierung Mittel- und Osteuropas andererseits geprägt. Während die Westhälfte Europas prosperiert und mit Beibehaltung und Zunahme des Wohlstands rechnen kann, wäre angesichts der zerrütteten Wirtschaft in der Osthälfte Europas schon die Beibehaltung des jetzigen niedrigen Niveaus als ein erster Erfolg zu werten. Legt man die Umrechnung der Kurse zugrunde, so wird gegenwärtig bei gleichen Tätigkeiten in Deutschland mehr als das 100fache der Löhne in Rußland, Litauen oder Rumänien verdient. Der Kontrast mag erträglich sein, wenn die Betroffenen weit entfernt voneinander wohnen. Er wird schwer ertragbar, wenn die Menschen unmittelbar benachbart leben, wie es ganz besonders eng an der Oder-Neiße-Grenze der Fall ist. Wer eine Euroregion um das Gebiet Neiße schaffen will, muß der Tatsache ins Auge sehen, daß mittendurch schroff und linear eine *Wohlstandsmauer* verläuft. Sie wird um so schmerzlicher bewußt, je mehr die äußeren, durch fehlende Brücken und Grenzübergänge oder durch mangelnde Sprachkenntnisse verursachten Barrieren überwunden werden. Je mehr wir die Grenze öffnen, desto mehr kann die krasse Wohlstandsgrenze zum Risikofaktor werden.

Je offener die Grenzen werden, desto sichtbarer werden die Risiken der krassen Wohlstandsgrenze. Verschärfend kommt hinzu, daß sich die schroffen *Wohlstandsunterschiede* mit einer *Entfremdung der hier benachbarten Völker* und einer *unbewältigten Vergangenheit* verknüpfen. Die Kenntnis und Meisterung der hier latent bestehenden Konfliktherde dürften von ausschlaggebender Bedeutung für das Gelingen jeglichen Nachbarschaftskonzepts sein. Wir stehen vor einer Situation, die sich insofern grundlegend von den westdeutschen und westeuropäischen Grenzen unterscheidet, an denen das Euroregionsmodell entstanden ist und an denen es sich bewährt hat.

Es muß trotz dieser Einschränkungen betont werden, daß die *Euroregionsidee* auch für die deutsche Ostgrenze sehr *förderlich* ist und unbedingt weiter verfolgt werden sollte. Man sollte sich nur hüten, sie als das entscheidende Heilmittel anzusehen oder gar anzupreisen, wie es bisher oft geschehen ist. Die Therapie sollte vielmehr dort ansetzen, wo die Diagnose die Grundmängel erkennen kann: bei der Überwindung der Entfremdung der Völker und der Spannungen infolge der offenen Wohlstandsgrenze. Nur in diesem Kontext kann Raumordnung und Regionalpolitik an der deutschen Ostgrenze erfolgreich sein.

Eine Kernfrage, die dem Anliegen der Regionalpolitik besonders nahe steht, ist die *Minderung der Wohlstandskontraste* an der deutschen Ostgrenze zu Polen und zur Tschechei: Grundsätzlich muß dabei erreicht werden, daß die Wirtschaft auf deutscher Seite stabilisiert wird, damit hier nicht die Bevölkerung in jedem polnischen und tschechischen Nachbarn zuerst den existenzbedrohenden Billigkonkurrenten sieht, und daß die Wirtschaft auf polnischer und tschechischer Seite befördert wird, damit dort ein Lebensstandard möglich wird, der die Nähe zum wohlhabenden deutschen Nachbarn erträglich macht.

Zur Wertung eventueller Entwicklungschancen muß schließlich noch darauf verwiesen werden, daß die offene Wohlstandsgrenze auch einige unübersehbare Vorteile für die dort wohnende Bevölkerung bietet:

- für die Deutschen die preiswerten Einkaufs- und Dienstleistungsangebote in den Nachbarländern,
- für die Polen und Tschechen die diversen Möglichkeiten zum Erwerb der zahlungskräftigen Deutschen Mark.

Die grenzspezifischen Vorteile erreichen gerade wegen des Wohlstandsgefälles eine solche Größenordnung, daß sie selbst bei anstehenden Standortentscheidungen in Erwägung gezogen werden sollten.

Entwicklungsförderung diesseits und jenseits der Grenze

Beziehen wir die Ausführungen nun wieder unmittelbar auf die Euroregion Neiße, so fällt rasch auf, daß die meisten der grenz- und grenzöffnungsbedingten Probleme und Chancen im wesentlichen nur auf die *unmittelbar grenznahen Bereiche* zutreffen. Sie gelten weit weniger für das gesamte in das Euroregionskonzept einbezogene Ostsachsen, desgleichen nicht für die gesamte Wojewodschaft Jelenia Gora (Hirschberg) und den gesamten nordböhmischen Abschnitt um Liberec (Reichenberg). Je mehr wir den gesamten größeren Raum in die Überlegungen einbeziehen, desto weniger wird es uns gelingen, spezifische Lösungswege für den besonders betroffenen unmittelbaren Grenzraum zu finden, der auf deutscher Seite vor allem durch Görlitz, Zittau, Löbau und ihre Kreise gebildet wird.

Spätestens jetzt muß man daran erinnern, daß sich auch in den alten Bundesländern nicht nur das Euroregionskonzept zur spezifischen Entwicklung grenznaher Regionen bewährt hat. Ein wichtiger Grenzbereich, der 30–40 km breite Streifen an der einstigen innerdeutschen Grenze, wurde mittels der sogenannten *Zonenrandförderung* stabilisiert, die die einheimische und standortsuchende Wirtschaft durch den bevorzugten Ausbau der Infrastruktur, durch Subventionen und Investitionserleichterungen begünstigte. Die Zonenrandförderung der früheren Bundesrepublik Deutschland war nach allgemeiner Einschätzung außerordentlich erfolgreich bei der wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung des innerdeutschen Grenzbereichs. Eine Übertragung der dort gewonnenen Methoden und Erfahrungen auf die deutsche Ostgrenze sollte unbedingt ernsthaft geprüft werden. Es kann allerdings auch hier nicht erwartet werden, daß ein westliches Modell unverändert auf unsere östlichen Problemgebiete angewandt werden kann. Der entscheidende Unterschied liegt darin begründet, daß die "Zonenrandgebiete" an einer hermetisch abgeriegelten Grenze lagen und man daher die Entwicklung der jenseits liegenden Gebiete weder berücksichtigen mußte noch konnte. Demgegenüber müssen wir daran interessiert sein, daß durch deutsche grenzspezifische Fördermaßnahmen das Wohlstandsgefälle an der offenen Grenze nicht noch vergrößert wird. Wir benötigen für den unmittelbaren Grenzraum – durchaus im Rahmen des Konzepts einer Euroregion – ein spezifisches Entwicklungsprogramm, das die Förderung *beider* Seiten der Grenze vorsieht.

Eine vergleichbare Übersicht zeigt, daß die geschilderte Situation in Europa neuartig ist und man von vorhandenen Konzepten nur bestimmte Elemente übernehmen kann. Erfahrungen liegen hingegen aus den USA vor, wo seit vielen Jahrzehnten eine offene Wohlstandsgrenze zu Mexiko besteht. Als spezifisches Mittel der Wirtschaftsförderung hat man dort den Status der sogenannten *Maquiladores-Betriebe* geschaffen, in denen heute mehrere 100 000 Menschen Arbeit finden. Es sind Betriebe, die in Mexiko stehen und das Privileg haben, mit billigen mexikanischen Arbeitskräften zollfreie Zulieferprodukte für die US-amerikanische Industrie zu produzieren.

Man könnte sich vorstellen, daß solche und ähnliche Regelungen auch zur Stabilisierung und zum Abbau von Wohlstandsunterschieden an der deutschen Ostgrenze eingesetzt werden könnten. Die beste Art der Förderung unserer östlichen Grenzgebiete wären solche spezifischen *Privilegien*, konzentriert auf die beiderseits grenznächsten Bereiche etwa in der Größenordnung des Bereiches der Zonenrandförderung. Ausgehend von solchen Privilegien könnten dann die Raumordnung und Regionalpolitik mit-helfen, die konkrete Umsetzung vorzubereiten und zu begleiten. Unterstützt werden sollte eine solche spezifische Grenzraum-Wirtschaftspolitik durch den Ausbau und die Propagierung des touristischen Potentials, durch die Zusammenarbeit in Kultur und Bildung sowie zur Ermutigung und Förderung der vielfältigen Aktivitäten zur gegenseitigen Verständigung der drei benachbarten Völker. Schließlich sei noch angemerkt, daß bei einer Konzentration spezifischer Maßnahmen innerhalb der Euroregion Neiße auf den unmittelbaren Grenzraum die direkte trilaterale Zusammenarbeit meist auf den Raum Zittau beschränkt werden könnte. Die Mehrzahl der anstehenden Fragen könnten dann entweder in deutsch-polnischer oder in deutsch-tschechischer Zusammenarbeit behandelt werden, was zweifellos meist einfacher zu bewerkstelligen ist.

Zusammenfassung

Das an der deutschen Westgrenze bewährte Euroregionskonzept hat auch an der Ostgrenze seine Berechtigung. Die Übertragbarkeit stößt jedoch auf Grenzen wegen der nationalen Entfremdung und wegen des krassen Wohlstandsgefälles zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn. Die Probleme und Chancen konzentrieren sich auf den unmittelbaren Grenzraum, wo grenzübergreifende spezifische Fördermaßnahmen erforderlich werden. Ansatzpunkte bietet die Ergänzung des Euroregionskonzepts durch die Erfahrungen der Zonenrandfördermaßnahmen sowie der mexikanisch-US-amerikanischen Grenzfördermaßnahmen. Der deutsch-polnisch-tschechische Grenzraum bietet dafür eine besonders drängende Herausforderung.

Dr. Frank-Dieter Grimm
Institut für Geographie
und Geoökologie
Georgi-Dimitroff-Platz 1
O – 7010 Leipzig